

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erzielung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

Inserate kosten die Siebengepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Veranlassungsanmeldungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgen-Ausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Freitag, den 22. November 1918

Nummer 13

# Die Volksregierung an die Heimkehrenden.

### Eine Kundgebung an die Soldaten.

Die Regierung richtet folgende Kundgebung an die heimkehrenden Soldaten:

Kameraden!

Die deutsche Republik heißt Euch von Herzen willkommen in Eurer Heimat!

Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr nicht zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben Euch schweigen und sterben mußten.

Heute kommt Ihr ins eigene Land zurück, in dem hinsichtlich niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat, ja das Volk selbst, in das Ihr Euch nun wieder anschließt.

Die Revolution hat den Bann gebrochen: Ihr und wir, Deutschland ist frei, unsere sozialistische Republik soll als freie in den Bund der Völker treten.

Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die Euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich Euer Besitz und Erbe werden, in dem Euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll.

Die Reichsregierung, die das Vertrauen Eurer Kameraden und der Arbeiter berufen hat und trägt, will Euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz!

Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen.

Gewiß, Ihr findet bei uns Anknappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung. Helfen kann und nur gemeinsame Arbeit, solidarisches Handeln.

Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was Ihr seit vier Jahren erlämpft und ersehnt habt:

den Frieden!

Rat der Volksbeauftragten:

Ebert. Haase.

Scheidemann. Dittmann. Landsberg. Barth.

### Besprechung der deutschen bundesstaatlichen Regierungen.

Die Reichsregierung hat die Regierungen der einzelnen deutschen Freistaaten auf telegraphischem Wege zu einer Konferenz eingeladen, die am Sonntag, den 25. November 1918 im Kongresssaal des Reichstagsgebäudes stattfinden soll. Gegenstand der Konferenz ist die Besprechung der politischen Lage, die Darstellung der von der Reichsregierung bisher getroffenen Maßnahmen und die Verständigung über das künftige Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten.

### Neue Erläuterungen zu dem Waffenstillstand.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission aus Spaas berichtet, ist über eine Reihe von kritischen Fragen im Waffenstillstandsabkommen Übereinstimmung mit Marshall noch herbeigeführt.

Daneben können in Elsaß-Lothringen alle demobilisierten Personen einschließlich der Offiziere, die

bereits dort sind oder dorthin entlassen werden, verbleiben oder dorthin zurückkehren.  
Für die besetzten Gebiete auf dem linken Rheinufer gilt, daß alle demobilisierten Personen einschließlich der Offiziere dort verbleiben oder zurückkehren können, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Ueber die Art der Besatzungsstruppen im linksrheinischen Gebiet ist noch nichts verfaßt. Dagegen besteht vollkommene Übereinstimmung, daß die deutsche Verwaltung im linksrheinischen Gebiet während der Zeit der Besetzung bestehen bleibt. Der Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit ist gewährleistet.

### Die schwedische Sozialdemokratie an die deutsche Volksregierung.

Der Parteivorstand der schwedischen sozialistischen Partei sandte der deutschen Volksregierung folgendes Telegramm:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens sendet der Volksregierung des revolutionären Deutschlands warmste Wünsche. Sie möge die gewaltige schwierige Aufgabe, die jetzt vor ihr liegt, erfolgreich durchsetzen. Die Militärmonarchie, die dem deutschen Volke wie der Welt eine Gehele gewesen ist, ist dank dem geringen Anstrengungsbeitrag der deutschen Arbeiterklasse weggefallen. Diese geschichtliche Tat hat die deutsche Sozialdemokratie wieder zusammengeführt. Als wir vor einem Monat zum ersten Zeichen des Sturzes des alten Systems Glückwünsche sandten, mühten wir zwei getrennte Gruppen zu gründen. Jetzt greifen wir mit Freude eine zusammenfassende Regierung, die bereit ist, für die alte gemeinsame Grundanschauung des internationalen Sozialismus ihre Kräfte einzusetzen, also für die Gerechtigkeit im Verhältnis der Nationen untereinander und für die soziale Gerechtigkeit innerhalb jeder Nation, und zwar in jedem Falle im Geiste der Freiheit und Brüderlichkeit. Bald wird, so hoffen wir, die aus der neue zusammengebrachte internationale eine Stütze werden für die Arbeiterklasse aller Länder und sie je nach ihren geschichtlichen Voraussetzungen fördern sowie der auf der allein sicheren Grundlage der Demokratie aufgebauten sozialen Republik näherbringen, die wir alle als unser großes politisches Ziel betrachten. Zunächst gilt es indessen, einen gerechten Frieden zustandezubringen, der keine neuen Abgründe zwischen den Völkern aufreißt, wenn die alten eingebrochen sein werden. In jener Arbeit wird das neue demokratische und sozialistische Deutschland auf die Sympathien und die Stütze der Arbeiterklasse der ganzen Welt rechnen können und nicht als letzte werden die Arbeiter Skandinaviens da sein, für deren Erziehung zum Klassenbewußtsein und zur sozialistischen Weltanschauung vom ersten Anfang unserer Bewegung ab die Sozialdemokratie Deutschlands von so entscheidender Bedeutung gewesen ist.

Für den schwedischen Parteivorstand:  
Branting, Vorsitzender. Möller, Sekretär.

Die deutsche Regierung antwortete darauf wie folgt:  
Kamend der Reichsregierung danken wir der schwedischen Sozialistenpartei herzlich für ihr Begrüßungstelegramm. Das Ziel unserer Politik für unser durch den Krieg, die Hungerblockade und die außerordentlich harten Waffenstillstandsbedingungen der Gegner schwer getroffenen Volk ist Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit mit dem Ausschluß auf Völkerverwundung und Völkerverband zur Verhütung künftiger Kriege. Wird Deutschland ein Vernichtungs- und Gewaltfrieden diktiert, so sind damit alle Keime dieser von der Menschheit ersehnten Entwicklung zerstört. An Stelle der Verständigung müßten tiefes Mißtrauen, gegenseitige Witternis, Haß und Hochgefühl treten.

Wenn die Arbeiter und die sozialistischen Parteien Skandinaviens durch Eintreten für einen gerechten Frieden helfen wollen, diese drohenden Gefahren zu beseitigen, so werden sie nicht nur der Dankbarkeit Deutschlands, sondern der der ganzen Welt sicher sein.

Wir bitten die schwedische sozialistische Partei den Ausdruck unseres Dankes für das Versprechen ihrer Hilfe entgegenzunehmen zu wollen.

Die Reichsregierung:  
(923) Ebert, Haase.

### Aufgaben der Revolution.

Von Ed. Bernstein.

Wir geben diesen Artikel als Beitrag zur Diskussion wieder, ohne uns mit ihm durchaus zu identifizieren.

Welches sind die Aufgaben der Revolution im jetzigen Zeitpunkt?

Zeitgebende Meinungsverschiedenheiten herrschen darüber in den Kreisen der Sozialdemokratie. Die schwerwiegende Bedeutung der Frage verheißt sich niemand. Von ihrer richtigen oder falschen Beantwortung hängt das Schicksal der Republik unseres Volkes ab.

Grundsätzlich sind wir Sozialisten uns darüber einig, daß eine solche Aufgabe die ist, die Republik zu befestigen. Wie verschieden wir auch sonst die Republik als Staatsform bewerten mögen, so kann doch darüber kein Streit obwalten, daß eine Rückbildung zur Monarchie heute gleichbedeutend wäre mit einer Niederlage des Proletariats. Die Arbeiterklasse hat die Republik erobert, sie darf es nicht darauf ankommen lassen, daß sie ihr wieder entweicht. Zumal die Republik die zu lösenden Fragen ungemein vereinfacht und als demokratische Republik mit so weitgehender Wahlrecht, wie es uns verkündet ist, der Arbeiterklasse den festen Boden darbietet, auf den gestellt sie ihren Einfluß auf allen Gebieten des sozialen Lebens auf das wirksamste zur Geltung bringen kann.

Nun sind wir uns auch darin einig, daß zur Zeit die Republik der Sicherheit durch die Organisation des Proletariats in den Arbeiter- und Soldatenräten bedarf, der Ausbau und die Zusammenfassung dieser von allen Sozialisten erstrebt und unterstützt werden muß. Der Noth beginnt erst mit der Frage, ob und wann die Macht der Arbeiterräte an eine vom ganzen Volk gewählte Nationalversammlung übergeben soll und wie weit inzwischen das Arbeitsprogramm dieser Räte und das von ihnen als Ministerium der Republik bestätigten Rats der Volksbeauftragten sich erstrecken soll.

Ich will auf diese Frage selbst hier nicht eingehen. Es scheint mir aber, daß beim Streit über sie sehr wichtige Gesichtspunkte entweder gar nicht oder nur sehr ungenügend berücksichtigt werden. Und da ihre Nichtbeachtung oder Verkennung für den Bestand und die Weiterentwicklung der Republik im höchsten Grade verhängnisvoll werden kann, ist es unerlässlich, den Tatsachen, um die es sich bei ihnen handelt, offen und prüfenden Auges ins Gesicht zu sehen.

Jede Regierung bzw. jede Herrschaft erweist ihre moralische Berechtigung zur Ausübung der Regierungsgewalt durch die Wirkungen ihres Regierens. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ ist noch immer das letzte Wort der Geschichte über zur Herrschaft gelangte Regierungen und Systeme gewesen. Kraft dieses Grundgesetzes hat ja auch die proletarische Revolution die bisherige Regierung und deren System gestürzt. Nach formaljuristischem Recht werden die durch die Revolution gestürzten Regierungen Preußens und des Reichs, um nur von diesen zu reden, so rechtmäßig an ihrem Blute wie nur irgendwelche. Die Revolutionsregierung kann sich auf kein formales Recht verlassen die durch die Revolution gestürzten Regierungen der brutalen Gewalt, sei es einer Partei oder einer Klasse, dann muß sie ihr sittliches Recht zur Herrschaft dadurch darthun, daß sie durch die Tat ihre Ueberlegenheit über ihre Vorgänger in bezug auf die Wahrnehmung des öffentlichen Wohls bezeugt.

Das ist keine bloße Lüftelei. Nach diesem Grundfah haben die Völker noch stets ohne lange zu spekulieren in Revolutionen die neuen Herrscher beurteilt und demgemäß sich zu ihnen verhalten.

Völker aber wollen vor allen Dingen leben, das heißt, die materiellen Bedingungen ihres Daseins erfüllt leben, und das Dasein der Völker wird bestimmt vom Gange ihres Wirtschaftens. Individuen können längere Zeit von aufgespeicherten Gütern leben, ganze Völker nicht. Am allermeisten können sie es unmittelbar nach einem Kriege, der so sehr die Vorräte wichtigster Gegenstände des allgemainen





